

Laale-Zeitung.

werden die Spalte oder deren Raum mit 20 Pfg., solche aus Halle mit 15 Pfg. berechnet...

Erscheint zweimal täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

[Der Nachdruck unserer eigenen Artikel ist nicht gestattet.]

Bezugpreis für Halle vierteljährlich 2,50 M., bei einmaliger Anlieferung 2,75 M. bis auf die Post 2 M., wovon monatlich 2 M., einmonatlich 1 M., ohne Postgebühren...

Nr. 121.

Halle a. d. Saale, Montag den 13. März

1893.

In Sachen der Brausteuer.

Die Beratung der Militärvorlage in der Kommission hat ein überraschend günstige Wendung genommen. Es ist in der ersten Lesung überhaupt nichts zustande gekommen, und so ist für die zweite Lesung ein besseres Ergebnis zu erwarten...

Das gilt insbesondere von den Angehörigen jener großen Gewerbe, die von der Erhöhung der Brausteuer bedroht sind. Zwar braucht die Hoffnung nicht aufgegeben zu werden, daß auch im Falle der Annahme der Militärvorlage, sie es der ganzen, sei es der gestärkten, andere Hilfsquellen in erster Reihe eröffnet werden und daß die Brausteuererhöhung Ablesung finde...

Die zweite Lesung der Militärvorlage beginnt in der Kommission am diesem Donnerstag. Sie wird sich vermutlich etwa eine Woche hinziehen. Kommt abermals nichts zustande, so wird die Kommission ihre Aufgabe erledigt finden und schwerlich noch an die sachliche Beratung der Steuerentwürfe gehen...

Deutsches Reich.

Berlin, 11. März. Gestern nachmittag empfing S. M. der Kaiser im höchsten Schloße den kommandirenden General des 7. Armeekorps General der Kavallerie von Albedil, welcher hierauf auch zur kaiserlichen Frühstückstafel geladen wurde...

12. März. Gestern mittag empfing S. M. der Kaiser nach Entgegennahme militärischer Meldungen die zur Besichtigung verschiedener militärischer Einheiten hier anwesenden beiden kaiserlichen Reichspräsidenten, Kronprinz und Kaiserin...

Berlin, 11. März. Der Minister von Gierk wird auf seiner Rückreise von Florenz auf der russischen Postschiff zu einem zweitägigen Besuche erwartet.

Berlin, 11. März. (Orig.-Ver.) Wo ist Albedil? Wie am Donnerstag warf man heute diese Frage auf. Diesmal fehlte er aber wirklich, fehlte, wo es doch bei dem Titel „Bewaffnung“ unbedingt seine Pflicht gewesen wäre, die neuesten Behauptungen von den 600,000 schiedenen Soldaten-Gewehrarten, welche in die deutsche Wehr eingeschmuggelt worden sein sollen, auch zu befragen...

In Abgeordnetenkreisen erzählt man eine Aeußerung des Kaisers, die für die Situation charakteristisch sein dürfte. Von Seiten der Anhänger der zehnjährigen Schulvorlage - so habe sich Sr. Majestät vernehmen lassen - sei deren Zurückziehung als ein Akt der Schwäche, als ein Zurückweichen vor einem unrichtig gemachten Erregung der öffentlichen Meinung dargestellt worden...

Ueber die Stellung der freisinnigen Partei zur Militärvorlage s. (siehe) der parlamentarische Korrespondent der „Presse“ S. 12.

Die Regierung hat keinen Schritt gethan, welcher dem Standpunkte der freisinnigen Partei irgendwie entgegenkommt; daraus folgt, daß auch die freisinnige Partei keinen Schritt thun kann, der dem Standpunkte der Regierung entgegenkommt. Die freisinnige Partei ist einmüthig entschlossen, für die Einführung der zehnjährigen Dienstzeit Gehör zu verschaffen...

antwortung, welche darin liegt, diese Elemente zu begünstigen, wiegt schwer.

Ueber das ganz negative Ergebnis der ersten Beratung der Militärvorlage sagt die „Post“: „Ob das Ergebnis ein günstigeres gewesen wäre, wenn die von Herrn von Bennigsen in Aussicht gestellten Anträge formulirt vorgelegt hätten, steht dahin. Charakteristisch ist, daß das Centrum sich ebenso wie die Sozialdemokraten gegen alles abweisend verhalten haben und insbesondere auch gegen den freisinnigen Antrag stimmten.“

Ueber die weiteren Konsequenzen der Ablehnung der Militärvorlage in der Kommission des Reichstages geht es nach Meinung der „P. S.“ die Mitglieder noch nicht aus einander, und es ist möglich, sich dabei länger aufhalten zu lassen. Die allgemeinen vor Augen liegenden Möglichkeiten, Rücktritt des Reichspräsidenten, Reichstagsauflösung, frühere Einführung einer Vorlage auf veränderten Grundlagen usw. werden im Bereiche der politischen Kreise mannigfach erörtert, aber ohne alle positiven Anhaltspunkte. Es fehlt auch nicht an Vorkäufen, welche noch an der Möglichkeit festhalten, im Plenum bei der zweiten oder dritten Beratung zu einer Verständigung zu gelangen.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt offiziell: „Die Germania“ will, gleich anderen Blättern, erfahren haben, der Reichspräsident habe unmittelbar nach der Freitagssitzung der Militärkommission des Reichstages dem Kaiser Vortrag gehalten. Die „Germania“ ist sichtlich unrichtig. Der Reichspräsident hat am Freitag bei Sr. Majestät gar keinen Vortrag gehalten, und ebenso wenig hat der Reichspräsident, was die „Germ.“ ebenfalls meldet, an der gestern abgehaltenen Sitzung des Staatsministers erium theilgenommen.“

Das Gesetz über den Verrath militärischer Geheimnisse ist heute von der mit der Vorbereitung beauftragten Kommission des Reichstages in zweiter Lesung nach den Vorschlägen des Abg. Schneider-Damm (nationallib.) im ganzen mit 10 gegen 5 Stimmen angenommen worden.

Die deutsch-spanischen Handelsvertragsverhandlungen gehen nunmehr jetzt, nachdem in Spanien die Wahlen zu den Cortes vollzogen sind, einen rascheren Verlauf. Jedoch ist nicht anzunehmen, daß dieselben bereits vor dem Ablauf des gegenwärtigen Provisoriums zum Abschluß gelangen werden. Es wird deshalb daran gedacht werden müssen, das vorläufige Abkommen mit Spanien, dessen Dauer bis zum 31. März dieses Jahres läuft, auf einige Zeit zu verlängern.

Amtl. Nachweisung zufolge sind in der Zeit vom 1. Oktober 1892 bis zu Ende Februar 1893 an Frankfurt a. M. 1,921,813 kg gegen 1,630,030 kg im gleichen Zeitraum des Vorjahres ausgeführt. Davon wurden nach Entrichtung der Verbrauchsteuer in den freien Verkehr 986,735 kg gegen 986,173 kg übergeführt. Am Schlusse des Jahres verließ unter steuerlicher Kontrolle in den Lagern und Reinigungsanstalten ein Bestand von 694,374 kg.

Die lex Heinze wurde am Sonnabend von der Kommission in zweiter Lesung mit 11 gegen 9 Stimmen angenommen.

Neuere Nachrichten bestätigen, daß Major von Wissmann es aufgeheben hat, den Dampfer nach dem Tanganika-See zu transportieren. Der Dampfer soll auf dem Nyasasee bleiben. Herr von Wissmann selbst, der am Fieber leidet, wird nach der Küste zurückkehren.

Der auf Beschluß der Strafkammer des Landgerichtes aus der Haft entlassene Ingenieur Baasch ist auf Anordnung des Kammergerichtes neuerdings wieder verhaftet worden.

Das im vorigen Sommer für die Grenze mit Rußland erlassene Verbot der Ein- und Durchfuhr von Federn und Lumpen aller Art, von Holz, frischem Gestein, Thier- und sonstigen thierischen Abfällen ist aufgehoben worden. Die Ein- und Durchfuhr gebrannter Steine, sowie gebrannter Lehm- und Thonwaren ist nach wie vor verboten; jedoch angeordnet worden.

daß fortan die Nahrungs- und Viehwirtschaft, welche Reisende beim Uebertritt über die Grenze mittels der Eisenbahn oder auf anderen Wegen zu Lande mit sich führen, und welche schon nach den früheren Bestimmungen dem Ein- und Durchfuhrverbot nicht unterliegen, einer Beschränkung nicht mehr zu unterworfen sind, wenn es sich nicht um gefährliche oder der Krankheit verdächtige Personen handelt.

**Der Reichs-Kaiser** schreibt: Am 1. April dieses Jahres tritt das Reichsgesetz, betreffend die Einführung einer einheitlichen Zeitbestimmung, in Kraft. Voraussichtlich wird sich die gleichzeitige und gleichmäßige Annahme der neuen Zeitbestimmung in allen Bundesländern, welche der europäischen Zeit nicht schon gegenwärtig angewendet wird, ohne Schwierigkeiten vollziehen, wenn nicht die öffentlichen Verkehrsanstalten, sondern auch die Behörden bei der Ordnung ihres Dienstes und bei allen Zeitangaben sich vom 1. April ab alsbald ausschließlich der mitteleuropäischen Zeit bedienen wollen. Dies läßt sich aber dadurch befördern, daß auf rechtliche Anweisung aller öffentlichen Ämtern Sorge getragen wird, alle öffentlichen Ämtern daher vom Morgen des 1. April ab alsbald die neue Zeit anzeigen. Zuverlässige Angaben über die letztere zu erhalten, wird nirgends an Schwierigkeiten fesseln, da bei allen Eisenbahnstationen und Telegraphenstationen die Zeitverhältnisse der neuen Zeit von der Direction bekannt ist. Von dem Reichskanzler ist dem Bundesregierungen die Anweisung gegeben worden, in diesem Sinne die Behörden anzuweisen. So ist zu erwarten, daß der Uebergang zur neuen Zeit rasch, in vielen Kreisen der Bevölkerung sogar ohne jede Einmischung, vor sich gehen wird.

**Karlsruhe, 11. März.** Anlässlich des morgigen Parteitages der national-liberalen Partei bringt deren Hauptorgan, die „Bädische Landeszeitung“, heute einen „zur Sicherung des Vaterlandes“ überschriebenen Artikel, in welchem die Teilnahme der Militärverwaltung mittelst bringender Notwendigkeit bezeugt und als nationale Pflicht der Partei erklärt wird, geschlossen für die Vorlage einzutreten. Die Vorlage müsse in der Fassung der Regierung oder nach dem Vorschlage Bennigens angenommen werden.

**Breslau, 11. März.** Die internationale Sanitätskonferenz wurde heute nachmittags 2 Uhr im Gebäude des Ministeriums des Innern eröffnet. Staatsminister von Reichl hielt die Eröffnungsrede, in welcher er die Bedeutung der Konferenz hervorhob. Darauf wurde zum Vorbringen der preussische Gesandte Graf von Dönhoff gewählt, welcher die Verhandlungen einleitete.

**Hamburg, 11. März.** Die Hamburger Pöbelerschaftsgesellschaft erhöhte den niedrigsten Preis für den Passagierverkehr nach New York auf sämtlichen Schnellposten von 120 auf 150 M. Der Zwischenverkehr ist seit dem 20. Febr. voll aufgenommen.

**Amberg, 11. März.** Amtliches Bohrergebnis der am 7. d. im zweiten Wahlkreise der Oberpfalz (Amberg) stattgefundenen Reichstagswahl. Abgegeben wurden insgesammt 9185 Stimmen. Davon erhielt Bürgermeister Jakob Hüb in Höchstanz (Centrums-Partei) 4625, die Sozialdemokraten in Traub (liberal) 1110 und Schulmeister Johann Siebenbürger in München (Sozialdemokrat) 691 Stimmen. Bürgermeister Jakob Hüb ist mittig gewählt.

**Graudenz, 11. März.** Der „Gesellige“ meldet: Bei der heutigen Orientationskunft zum Herrnhause für den Landkreis Ostpreußen und für den Rittergutsbesitzer von Kries-Friedenau, Kreis Thorn, gewählt worden.

**Leipzig, 12. März. (Orig.-Ver.)** Vor einer Versammlung rechtstreuer Wähler sprach heute früh im Saale der „Central-Völkler“ der Reichstags-Abgeordnete Dr. v. W. in Anknüpfung an die in einer Rede am 2. März im Reichstag über die Militärvorlage. Der Reichstags-Abgeordnete Goch präsierte der von ca. 600 Personen besetzten Versammlung und führte einleitend aus, daß der Widerstand alles gewöhnlichen Lebens das deutsche Volk nicht nur anständig, sondern auch geistlich lähme und dies alles während dem die Nation auf dem Wege der Aufklärung und der Fortschritt liege. Die Vorlage müsse nicht nur durch einen Stillstand in der Schaffung von neuen Gesetzen, denn auf diesem Gebiete herrsche die Unwissenheit, sondern auch durch die Produktion. Es erhielt namentlich der Abgeordnete Dr. v. W. (natl.) das Wort zu seinem Vortrage: „Eine große, eine gewaltige Welt liegt hinter uns, und der eben wieder vorübergegangene Todesstag des Kaisers Wilhelm I. hat dies wieder besonders fühlbar gemacht — die Zeit, da dieser große Herrscher und der kleine Kaiser dem deutschen Volk die Weisung zu einer Einheit gegeben haben. Lange Jahre haben wir in Deutschland den Blick nach oben gerichtet, das Vaterland nicht aus dem Auge verloren, und heute richten sich die Blicke der großen Mehrzahl des Volkes niederwärts — centricale Kräfte und Mächte sind thätig, um alle die Hände am Vaterlande zu verwickeln, und auch der Parlamentarismus erhebt die Forderung, die Weisung zu einer Einheit der Völker durch die Weltverfassung, das heißt durch die Weltverfassung in Deutschland“ zeigt eine andere geistliche Richtung, welcher die Regierung ganz verfehrt durch Entgegenkommen zu begegnen muß. Die Parteierklärung verbindet die Hände an politischen Schicksal; das Schicksal sei das gegenseitige „Verzichten“. In ein gemeinliches Verzeihen, wo jeder das Gute vom andern nimmt, ist kaum zu denken. Es wird der Sozialdemokratie vorgeordnet, daß sie den Klassenkampf fördere — predigen denn aber die Handwerker und Arbeiter, die an nichts anderes als an ihren eigenen Stand denken, nicht den Krieg aller gegen alle? Das politische zerfallene Leben weist auf das wirtschaftliche zurück — ein Führer ein betriebsfähiges Volk! In einer Zeit, wo ein überkäuferische Wille bevorzieht, den Machtinfluss zu erweitern, da müssen die Mittelparteien mehr Opferbereitschaft zeigen für die Verallgemeinerung ihrer Ideen. An Stelle Bismarcks, welcher es wagen konnte, seine Willen selbst gegen höhere Einflüsse zur Geltung zu bringen, ist Graf Caprivi getreten — ein Ehrenmann im besten Sinne; allein der große Zug, der große Geist Bismarcks fehlt ihm. Vor einem Jahre noch hat Graf Caprivi gesagt, daß sein Blicken den politischen Horizont trübe, er sei vom Demagogiegeschrei befreit und gelichtet, und heute verlangt derselbe Caprivi, daß das deutsche Volk, das viele anders ertragen sieht, nicht überzeuge ist von der Notwendigkeit der Gesetzesvorlage? Und doch ist die Verwirklichung der Mittel für die Wertbeibehaltung unseres Vaterlandes, wenn auch unklar einigen Richtungen, notwendig! Man lese nach Frankreich! Da werden Zeit, wo unsere Militärskonvention nach Belgien in Belgien zu einem negativen Resultat gelangte, belagerte eine französische Militärskommission in 22 Sitzungen die diese Militären erforderliche Errichtung von neuen Gebäuden dieses selbe Land, dem wir durch unsere Siege die Waffe der allgemeinen Wehrpflicht in die Hand gedrückt haben, hat uns heute in der Durchführung desselben weit überholt trotz eines Wehrleistungsumsatzes von 10 Millionen. Hat die Wehrleistungsumsatz von 10 Millionen, und hat uns jedoch 50,000 wehrfähige Jünglinge wieder heim. Unter Standpunkt muß sein: kein Faden deutscher Erde darf jemals von einem Fremdling betreten werden! Wir müssen härter als Frankreich sein, und wir können es! Ein riesiger Beschluß folgte dem Redner, welchem Prof. v. Wiedermann im Sinne einer Vertheidigung auf Grund der Benennung des Vor-

schlage folgte. Die Versammlung schloß sich darauf zu folgender Erklärung:

1. Nachdem die maßgebenden politischen und militärischen Autoritäten des Reiches einmütig erklärt haben, eine namhafte Verstärkung unserer Wehrmacht sei unerlässlich für die Sicherheit Deutschlands und die Verhängung des europäischen Friedens, würde der Reichstag eine schwere Verantwortung auf sich haben, wollte er gegenüber der Militärvorlage sich lediglich ablehnend verhalten.
2. Schon um des vorläufigen Eindruckes im Inlande und Ausland willen wäre ein Scheitern dieser Vorlage aus Fülle zu beklagen.
3. Soll allem behufs voller Ausnutzung der verfügbaren Zahl von Wehrpflichtigen auf die zwei- bis dreijährige Dienstzeit der Infanterie herabgegangen werden, so erfordert die Schöpfung besonderer Organisations zur genügenden Ausbildung der Mannschaften in diesem befürhten Zeitraum als unabwendbar.
4. Auf der andern Seite dürfte allerdings gerade jetzt nach einem mehrjährigen harten Rückgang eines unruhigen Wirtschaftens, eine so bedeutende Wehrvermehrung der Reichswehr einen empfindlichen Druck auf die Bevölkerung ausüben.
5. Es ist daher dringend zu wünschen, daß die Regierungen und der Reichstag durch beiderseitiges Entgegenkommen zu einer Verständigung gelangen, welche ebenso der Wehrfähigkeit des Reiches wie der wirtschaftlichen Lage des Volkes Rechnung trägt.

### Ausland.

**Oesterreich-Ungarn.** Wien, 11. März. Abgeordnetenhaus. Bei der Beratung des Budgets bezog sich der Außenminister Graf Taaffe auf die Frage bezüglich der Wirkung der Wehrvermehrung auf das Sinken der Wehrvermehrung, welche als übertrieben. Der Reichstag ist auch auf andere Umstände, beispielsweise auf die gute Ernte des abgelaufenen Jahres, zurückzuführen. Behufs Bindung von Weingewinnsteuern seien Staats-Unterstützungen ausgesetzt. Der Vorschlag der Prämienzahlung für den Hersteller Maische ist unbedenklich. Der Zusammenbau einer Herabsetzung des Getreidepreises mit der Abnahme des Getreide-Exportes, der besprochen wurde, ist unklar. Bei der Beratung der Handelsverträge habe er seiner Zeit dem Hause erklärt, der Augen, welchen man von dieser Maßregel erwarte, werde schwerlich eintreten. Bei dem Getreidehandel sei das Termingeschäft inwendig, auch der Kriegsminister und der Landesverwaltungsminister müßten sich Versicherungen aus Zeit zu vorher feststehenden Preisen sichern. Das Differenzgeschäft könne ebenfalls nicht festgesetzt werden. Hierauf beugliche Verhandlungen zwischen den bestellten Ministern seien im Gange. Darauf vertheilte der Minister die Vollmacht auf die Wiederlegung der Verhandlung wegen der angeblichen Unzulänglichkeit von Vollmachten bei dem letzten Disanztritte. Von acht Vollmachten sei kein einziges verwendet. Die Absaffung des Stieles bei den Kernen sei ein frommer Wunsch. Der Minister versicherte alsdann, daß er den Bauernstand hoch schätze. Wenn der Bauernstand das Fundament des Staates sein solle, müßte er auch die größten Lasten tragen. Der Bauer trage die Lasten dann leichter, weil er im Boden wurzele, während das, was oberhalb dieses Bodens angebaut ist, jedem Sturm zum Opfer fallen könne. Der Minister schloß mit den Worten: „Trachten Sie, diesem Fundamente seinen Boden in Ruhe zu erhalten!“ (Vehzarter Beifall).

**Brüssel, 11. März.** Abgeordnetenhaus. Im Verlauf der Diskussion erklärte der Außenminister Graf Taaffe, daß die Regierungsvorlage sei von der unrichtigen Logik der Italiener diktiert; wie die Kompromittierung der Autarkie des Staates nicht wünschenswert sei, auf diese liberale Basis stellen. Die allgemeine obligatorische Civilehre müsse der Revision des Gesetzes vom Jahre 1888 vorausgehen; die Bedenken betreffs der Nationalitäten seien unbegründet. Die kirchenspolitischen Reformen, von denen einige zu Neuheit an Leben treten werden, würden die ungarische Staatsidee kräftigen. Die Regierung werde unter keinen Umständen auf ihr Programm verzichten. — Im weiteren Verlauf der heutigen Sitzung kam der Abgeordnete Mloth auf seine gestrige von Koloman Tisza ausdrücklich liegen gestraifte Behauptung zurück. Tisza habe als Ministerpräsident dem Grafen Kalloty veranlaßt, sich an den Papst zu wenden wegen Einflußnahme der Kurie auf die ungarischen Wahlen zu Gunsten der Regierung, wofür Tisza die Freigabe der Reichsgelds ausginge habe. Da Tisza der heutigen erörterten Debatte nicht abwesend, abermals den angeblichen Widerspruch entgegensetzte, forderte der Graf Julius Horvath den Ministerpräsidenten an, sich sofort an die Minister des Landtages zu wenden und dem Abgeordnetenhaus in einer der nächsten Sitzungen Bericht zu erstatten. Horvath erklärte, der Verdacht der Anrufung eines auswärtigen Macht factors durch den ungarischen Ministerpräsidenten dürfe nicht bestehen bleiben. Tisza müsse entweder von der gegen ihn erhobenen Anschuldigung gereinigt oder es müsse klage gegen ihn erhoben werden. Gestrigte sei die Pflichtverletzung Tiszas, so habe er im Abgeordnetenhaus nichts mehr zu suchen.

**England.** London, 11. März. Unterhaus. Nach mehr als siebenstündiger Debatte wurde ein Antrag angenommen, zur Spezialberatung des Kriegsbudgets übertragene hierzu, den Prinzenjanz des Herzes für England und die Kolonien, ausgenommen Indien, mit 154.442 Mann festzusetzen. Bannermann erklärte, er habe keine großen Veränderungen vorschlagen, das seit zwanzig Jahren bestehende System werde fortgesetzt werden. Die Ausführung der Absicht, ein Bataillon aus Ägypten abzurufen und ein anderes Bataillon dorthin durch ein Bataillon Garde zu ersetzen, sei durch die jüngsten Ereignisse nicht nur verhindert worden, vielmehr sei eine Verstärkung notwendig geworden. Sobald die gegenwärtige Notwendigkeit der Vermehrung der Truppen in Ägypten vorüber sei, werde ein Bataillon zurückgezogen werden. Das System der Organisation eines Armeekorps für den auswärtigen Dienst sei aufgegeben, dagegen werde eine Feldarmee von 20.000 Mann für einen jener kleinen Krieg bereit gehalten, die England von Zeit zu Zeit zu ihren Gunsten eintreten. Die Debatte wurde hierauf durch Unterhaus. Der Präsident des Handelsamts, Mundella,

erwarte auf eine Anfrage, die Regierung habe der Kammer-Verwaltung nicht angezeigt, daß sie die Ablehnung der Tannebaum-Bill beantragen werde, und wolle den begünstigen Schritt dem Hause überlassen. Der Parlaments-Sekretär des auswärtigen, Gresh, bemerkte ebenfalls auf eine Anfrage, das Haus werde erfahren haben, daß die Vorlage betreffend die Annexion Hawaii durch Nordamerika im amerikanischen Kongreß zurückgezogen worden sei. Der Staatssekretär des Krieges Campbell-Bannermann erklärte, daß noch kein bestimmter Beschluß darüber gefaßt sei, ob ein Garde-Bataillon nach Ägypten geschickt werden solle.

**Frankreich.** Paris, 11. März. Deputiertenkammer. Die Beratung der Interpellation Turlet über die Wirtschaftspolitik der Regierung wurde auf Dienstag festgesetzt. — Comarville, von der Rechten, verlangte Mittheilung der von Herz an verschiedenen politischen Persönlichkeiten gesandten Briefen, welche Drohungen enthielten. Der Generalpräsident des Untersuchungsrichters Franzouille hätte verlangt die Abschrift der zwischen Herz, Deinand und Fontane geschickten Telegramme mit Beisatz zu belegen. Diefelben hätten sich aber in den Postämtern befunden; die Telegramme seien vor 2 Jahren vernichtet worden, um Raum zu schaffen; wenn Abschriften vorhanden wären, so würde er (Ribot) sie dem Untersuchungsrichter mittheilen. Der Zufallsfall war damit erledigt.

Anfolge der Ansagen Seignoury's in der heutigen Verhandlung des Panama-Verdingungsprozesses hat der Justizminister Bourgeois seine Entlassung eingereicht mit der Begründung, die Anklage Seignoury's in der gestrigen Verhandlung des Panama-Verdingungsprozesses entlasse ihn nicht in der Weite, wie er es für einen Justizminister erforderlich erachte; auch habe Seignoury nicht der Wahrheit gemäß ausgesagt, daß er (Bourgeois) niemals seine Ernennung ertheilt habe, bezüglich des Panama-Verdingungsprozesses hat er Frau Cottu zu thun. Er habe es deshalb für unumgänglich notwendig, seine Freiheit wieder zu erlangen, um jeden Versuch zu vermeiden.

**Paris, 12. März.** Die Minister trafen heute vormittag um einer Sitzung zusammen, um über die durch den Rücktritt Bourgeois' geschaffene Lage zu beraten. In der Regierung wüßte stehenden Kreisen wird angenommen, daß die Krise eine partielle bleiben werde. Die Minister würden sich bemühen, Bourgeois zu bewegen, von seinem Entschlusse zurückzukommen. Ebenfalls würde, damit Bourgeois sich vor dem Schwurgericht und vor der Deputiertenkammer verantworten könne, das Justizministerium inzwischen interimistisch verwaltet werden. Vorauswichtig würde Develle daselbst interimistisch übernehmen. Heute abend findet wiederum ein Ministerrath statt.

Wegen der Vorgesänge in der gestrigen Verhandlung des Panama-Verdingungsprozesses hat der Chef des Gefängnißwesens Seignoury seine Entlassung angenommen; bei in die Affäre ebenfalls verurtheilte Pelissier-Kommissar Pellicoli dürfte dieses Posten entbehren werden. Von verschiedenen Seiten wird behauptet, daß im Senate darüber Aufführung verlangt werden würde, wie weit Coubet als ehemaliger Vorgesetzter von Seignoury für dessen Vorgehen verantwortlich sei.

Jährliche Mütter maden den Justizminister Bourgeois für das Vorgehen Seignoury's verantwortlich; auch der Generalpräsident Ribot habe in dieser Angelegenheit eine schwere Schuld auf sich geladen, da er, obwohl er Seignoury's Freilassen sollte, bemerkt in den letzten Tagen nach einem Wiedereintritt ins Amt, daß das „Journal des Debats“ erklärt, die öffentliche Meinung sei erregt und entzündet und verlange ungenügende Aufklärungen; eine einfache Demission des Ministers allein mache dabeien nicht überflüssig.

**Rußland.** Petersburg, 11. März. Heute ist ein Geleß, bei der Abänderung der Wehrpflichtordnung, wonach die Einstellung der Rekruten in die Armee bereits am 15. Nov. und nicht wie bisher am 1. Febr. stattfinden, veröffentlicht worden.

Der „Novoje Vremja“ zufolge soll am 29. d. a. St. (10. April n. St.) der hundertste Jahrestag der Vereinigung Polyniens und Pabolins mit Rußland bei der zweiten Teilung Polens in den genannten Provinzen, namentlich in Kaneng, Pabolot und Schitomir festlich begangen werden. Heute abend fand bei dem deutschen Botschafter General v. Werber ein glänzender Mout hat, welchem die Großräthen, die Hofschoren, das diplomatische Corps und zahlreiche Notabilitäten beiwohnten.

**Schweden und Norwegen.** Christiania, 11. März. Gestern und heute fand im Storting die Debatte betreffend die beiden zur Konjunkturstage eingebrachten Anträge statt. In der heutigen Sitzung wurde folgender Antrag der Linken als Antrag zum ersten Antrage derselben eingebracht: Das Storting spricht aus, daß eine Verhandlung mit der schwedischen Regierung über die Ordnung der Behandlung der diplomatischen Angelegenheiten nur aufzufassen kann auf Freigabe der Provinz, welche die Prüfung und Vernehmung auf der eigenen norwegischen und schwedischen auswärtigen Angelegenheiten umfaßt, und zwar kraft des Rechtes jenseitiger Norwegen sei Schwedens, seine auswärtigen Angelegenheiten unter völlig genügender Verantwortlichkeit in konstitutioneller Hinsicht zu ordnen.

**Spanien.** Madrid, 11. März. Nach einer Meldung aus Bilbao verurtheilt daselbst die Wahl eines Heritalen Deputierten eine lebhaftige Unruhe. Eine Volksmenge versuchte in das Rathaus einzudringen, wurde jedoch durch Gendarmen gestoppt. Die Letztere gab dabei einige Schüsse ab. Die Rufe ist noch nicht wiederbergestellt; zahlreiche Truppen durchziehen larmend die Stadt.

**Griechenland.** Athen, 11. März. Der Minister des Innern Theotokis, hat sich — wie verlautet, zur Fortsetzung von Verhandlungen über die beabsichtigte Aufnahme einer Anleihe — nach London begeben.

**Serbien.** Belgrad, 11. März. Amtlichen Nachrichten zufolge dürfte die Regierung in der Hauptstadt über eine Verzichtung von 9 Stimmen verfügen. Dies augblickliche Ergebnis wird erst übernommen nach dem Einlangen sämtlicher Akten betreffend den zu Esquidino-Abgeordneten gewählten west-Bozickittern befindet sich auch Galatinin.

**Bulgarien.** Sofia, 11. März. Der Konstitutionsentscheid, daß die eventuelle Verweisung des Metropolitens Clement von der oberirdischen Gerichte nicht einer besonderen Zustimmung der kirchlichen Oberbehörde oder des Kultusministeriums bedürfe.

**Ägypten.** Nach einer Meldung des „Athenischen Bureau's“ aus Kairo, von gestern ist der Gouverneur des Sueskanals, Mahmud Rias Balqa, ein Sohn des Premier-



